

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 03.05.2022

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:22 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Ursula Schineller
Frau Carla Steinkröger
Herr Frank Strothmann
Herr Werner Thole

Vorsitzender

SPD

Herr Kai-Philipp Gladow
Herr Ole Heimbeck
Frau Sarah Leffers

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich
Frau Dr. Adele Gerdes
Herr Dominik Schnell
Herr Thies Wiemer

Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Micha Paul Kasper

Die Partei

Frau Heike Wulf

AfD

Herr Martin Breuer

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Herr Adamski	Beigeordneter
Frau Stücken-Virnau	UWB, Erste und Techn. Betriebsleiterin
Herr Geisler	UWB, Geschäftsbereichsleiter 700.5
Herr Hinker	UWB, 700.652
Frau Köppe	Dezernat 3
Frau Stuckmann	UWB, 700.01
Frau Steinhoff	UWB, Schriftführerin

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Dr. Clemens Pues

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Thomas Krause

Die Partei

Herr Dirk Strauß

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Thole fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung

Herr Thole berichtet, dass eine Anfrage der FDP nach Erstellung der Einladung eingegangen ist. Obwohl die Anfrage nicht fristgerecht eingereicht wurde, habe sich die Verwaltung bereit erklärt, die Anfrage zu beantworten.

Herr Thole fordert alle Ausschussmitglieder dazu auf, die Anfragen zukünftig fristgerecht einzureichen.

Außerdem schlägt Herr Thole vor, die Tagesordnungspunkte 4.1 und 5 gemeinsam zu beraten.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird ergänzt um:

**TOP 3.1 Anfrage „Krankenstand im UWB“
(Drucksachenummer 3947/2020-2025)**

- einstimmig beschlossen -

Herr Thole verpflichtet die sachkundigen Bürger Herr Kasper und Herr Strauß mit folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben im Betriebsausschuss Umweltbetrieb nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Herr Kasper und Herr Strauß unterzeichnen die Niederschrift über die Verpflichtung.

-.-.-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 15.03.2022

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen. -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Krankenstand im UWB**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3947/2020-2025

Herr Thole verweist auf die schriftlich vorliegende Antwort.

Frau Stücken-Virnau ergänzt, dass das Thema Krankenstände in der Vergangenheit transparent im Betriebsausschuss Umweltbetrieb besprochen worden sei. Im Rahmen des Jahresabschlusses gebe es im Lagebericht eine ausführliche Berichterstattung. Darüber hinaus betreibe der Umweltbetrieb ein differenziertes Risikomanagement und habe ein umfangreiches Maßnahmenprogramm. Im Umweltbetrieb gebe es Personen, die körperlich schwer arbeiten. Insofern bestehe die Notwendigkeit, besondere Ansätze zu verfolgen. Beispielhaft zu nennen seien Stellen für Leistungsgewandelte oder Coachings. Bei der Antwort zur Anfrage handle es sich lediglich um eine Kurzinformation. Der Jahresabschluss werde dem Betriebsausschuss Umweltbetrieb nach der Sommerpause vorgelegt. In dieser Sitzung werde über das Thema Krankenstände erneut ausführlich berichtet.

Herr Thole ergänzt, dass es in der Sitzung mit dem Jahresabschluss einen Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gebe, der sich mit diesem Thema beschäftige.

Darüber hinaus verweist er auf die Berichterstattung in den Zeitungen, denen entnommen werden könne, dass die Krankenstände nicht nur im öffentlichen Dienst außergewöhnlich hoch seien.

Die Mitglieder des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes nehmen Kenntnis.

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Grundsatzbeschluss: Olderdissen bleibt offen**
(Antrag der FDP-Fraktion vom 01.02.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3309/2020-2025

Der Antrag wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 5 beraten.

Zu Punkt 5

Schutz der Tiere und Umsetzung aktueller gesetzlicher Vorgaben im Heimat-Tierpark Olderdisen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3560/2020-2025

Herr Thole weist darauf hin, dass unter diesem Tagesordnungspunkt auch der Antrag der FDP (s. TOP 4.1) abzuhandeln sei.

Herr Adamski stellt die drei Beschlussvorschläge vor.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum habe der Beschlussvorlage mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Beschlussvorschläge eins und zwei seien bei einer Gegenstimme sowie einer Enthaltung mit großer Mehrheit beschlossen worden. Der dritte Beschlussvorschlag sei einstimmig angenommen worden.

Die Vorlage sei in der Vergangenheit inhaltlich in den Gremien und in der Öffentlichkeit stark diskutiert worden. Das Team des Tierparks habe eine Kausalität aufgezeigt, welche Punkte am wichtigsten seien. Am wichtigsten sei das Tierwohl sowie der Schutz der Tiere.

Insofern seien die Argumente chronologisch aufbereitet worden, die Gewichtung der Argumente folge der Reihenfolge, in der die Argumente aufgeführt seien. Neben dem Schutz der Tiere gehe es auch um Störungspotenziale und den falschen Umgang von Bürgerinnen und Bürgern mit den Tieren. Darüber hinaus gehe es um rechtliche Vorgaben, die mit einer Einzäunung leichter zu erfüllen seien. Beispielhaft zu nennen seien Auswilderungsprogramme und auch die Möglichkeit, den Genpool im Tierpark zu erweitern beziehungsweise andere Tierparks zu versorgen. Außerdem sei der Schutz vor Krankheiten und Seuchen durch einen Zaun besser zu koordinieren und zu kontrollieren.

Aktuell gebe es in Bielefeld noch keine freilebenden Wölfe. Bei einem Zaun-Bau sei es aber sinnvoll, diese Option zu berücksichtigen, sodass die Tiere im Tierpark bei Bedarf geschützt seien.

Ferner gebe es durch den Zaun-Bau Vorteile bei Verkehrssicherungsmaßnahmen und der Lenkung von Besucherströmen.

Herr Adamski schlägt vor, den Schwerpunkt der Präsentation von Herrn Hinker in der Sitzung darauf zu beziehen, inwieweit sich die Zaunanlage möglichst gut in die Landschaft integriert.

Im Anschluss bitte er um ein positives Votum zu den vorgestellten Beschlussvorschlägen.

Herr Hinker stellt in einer Präsentation die Ideen zur Umsetzung der Umzäunung vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Breuer fragt, wie die Wegeverbindung zum Gartenverein Am Steinbrink e. V. und zu der Gaststätte aussehen soll, wenn der Tierpark geschlossen sei. Der Weg, der sich neben den Gehegen durch den Wald gebildet habe, sei unzumutbar.

Herr Hinker erklärt, dass eine Wegeverbindung durch den Tierpark aufgrund der Umzäunung und der Notwendigkeit, dass die Breite der Wege für Traktorverkehr ausreichend sei, nicht möglich sei.

Alternativ könne zur Kleingartenanlage die Busverbindung zur Haltestelle Umlandstraße genutzt werden. Der Weg zur Kleingartenanlage verlängere sich dadurch lediglich um 300 Meter.

Außerdem habe sich hinter dem Dammwildgehege ein Trampelpfad gebildet. Dieser Weg solle mit eigenen Mitteln weiter ausgebaut werden. Bei dieser Entscheidung handele es sich um einen Kompromiss. Das Dammwildgehege sei rund um einsehbar. In der Nähe des Weges sei die Rückzugszone des Dammwildes. Der Weg könne ca. 15 Meter vom Zaun entfernt in Form eines Split-Weges errichtet werden, sodass ausreichend Abstand bestehe. Durch den Bau des Weges in Serpentinform könnten steile Wegstrecken abgemildert werden.

Herr Breuer befürwortet diesen Vorschlag.

Herr Stiesch beantragt die getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge. Seine Fraktion sei mehrheitlich für den Zaun, habe ihm aber freigestellt, sich zu enthalten.

Er finde es schade, dass das Verhalten einiger Personen dazu führe, dass Maßnahmen für alle Besucherinnen und Besucher des Tierparks ergriffen werden müssen.

Herr Adamski ergänzt, dass die von Herrn Hinker vorgestellte Lösung für die neue Wegeverbindung auch in der Bezirksvertretung Gadderbaum zugesagt wurde. Darüber hinaus möchte er auch den Mitgliedern des Betriebsausschusses Umweltbetrieb einen Ortstermin zur Begutachtung der Wegeverbindung außerhalb der Umzäunung mit dem Hermannsweg anbieten. So könne man sich ein Bild machen, ob man sich auch abends auf den Wegen zurechtfinde und ob die Gesellschaften, die die Gastronomie nutzen oder Feiern veranstalten, abends nicht gestört werden. Auch dafür müsse die Zuwegung gesichert sein. Auch Herr Hinker vertrete die Auffassung, dass dies möglich sei. Man müsse vor Ort schauen, wie sich das entwickelt und bei Bedarf Anpassungen vornehmen.

Herr Thole befürwortet den Vorschlag von Herrn Adamski.

In der nächsten Sitzung sei die Planung der Erweiterung des Tierparks auf der Tagesordnung. Möglicherweise entstehen in diesem Zusammenhang weitere Fragen nach örtlichen Gegebenheiten. Demzufolge sei ein Ortstermin, möglicherweise vor einer Sitzung, sinnvoll.

Herr Strothmann erklärt, dass die Maßnahmen zum Schutz der Tiere erforderlich seien. Man erkenne die Notwendigkeit zum Schutz von Mensch und Tier.

Die Diskussion, die die FDP, auch medial, losgetreten habe, könne die CDU nicht nachvollziehen. Insbesondere die Frage nach den Kosten beziehungsweise die Freistellung von Kosten schüre Sorgen und Ängste, die man nicht gebrauchen könne.

In den letzten Tagen sei Frau Wahl-Schwentker erneut in der Presse aufgetaucht. Man benötige nicht die FDP, um das Thema aufzuschäumen.

Frau Wulf werde sich gegen den Zaun aussprechen. Die fein säuberliche Einteilung der Menschen in Tiere zum Essen und Tiere zum Liebhaben zeige sich in der Vorlage der Verwaltung. Den Zootieren komme mehr Fürsorge und medizinische Versorgung als jedem Menschen der Erde zu. Bei den Tieren, die aufgegessen werden, in Form von Bratwurst, Ei und Futtertieren, die im Tierpark angeboten werden, sei es egal, wie das Tier war und endete. Wilde Tiere würden als Bedrohung gesehen. Sie betrügen nur 4 Prozent der lebenden Masse. Eine Abwägung des demokrati-

schen Wertes von frei zugänglichen öffentlichen Raum sei nicht vorgenommen worden. Darüber hinaus sei sie nicht verwundert, dass die grüne Bezirksvertretung Gadderbaum dem Projekt zustimme, da einkommensstarke Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes den Eintritt zahlen würden.

Herr Feurich bedankt sich bei Herrn Hinker für die Ausführungen. Es sei traurig, dass solche Maßnahmen erforderlich seien. Einigen Mitmenschen sei nicht klar, dass es um Tiere, um Lebewesen, gehe. Es sei wichtig, dass in der Vorlage alle Fakten gesammelt worden seien, sodass alle Ausschussmitglieder über die Entwicklungen der Vergangenheit informiert seien. Es gebe die Notwendigkeit, die Tiere vor den Menschen zu schützen, die sich im Tierpark nicht benehmen können. Außerdem sei es erforderlich, den Schutzgedanken der Tiere im Tierpark vor dem Wolf sowie die Fortsetzung des Tierparkbetriebs nach Europarecht zu verfolgen. Der Tierschutz stehe an dieser Stelle im Vordergrund. Dieses Gut sei höher zu bewerten als der Entertainment-Anspruch der Tierpark-Besucherinnen und -Besucher. Die FDP betreibe populistischen Wahlkampf. Die vorgestellten Maßnahmen seien sinnvoll und notwendig. Durch die Zusage des Ausbaus der Wegeverbindung handele es sich auch für Besucherinnen und Besucher der Kleingartenanlage um eine gute Lösung. Die Einschränkungen für gewisse Gruppen seien hinnehmbar. Deshalb werde die Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen und den Antrag der FDP ablehnen.

Herr Kasper erklärt, dass es sich bei dem Antrag nicht um einen Wahlkampf-Gag handele. Es gehe um eine ernsthafte Angelegenheit. Der Tierpark könne seit Jahrzehnten in seiner derzeitigen offenen Form besucht werden. Kurzerhand zu beschließen, den Tierpark einzuzäunen und möglicherweise den offenen Charakter zu zerstören, sei eine große Entscheidung. Deshalb appelliere die FDP dazu, die Vorlage abzulehnen, um mehr Zeit zu bekommen, ein nachhaltiges Konzept auszuarbeiten. Außerdem solle den Bürgerinnen und Bürgern zu jeder Zeit ein freier Zugang zum Tierpark ermöglicht werden. So haben auch diejenigen Zugang, die in der Nachtschicht arbeiten. Der Bau eines Zauns berge außerdem die Gefahr, im Falle einer Haushaltssicherung das Erheben von Eintrittsgeldern zu ermöglichen. Des Weiteren könne nicht nachvollzogen werden, wie der Zaun zu einer Verbesserung des Tierwohls beitrage. Eine Zerstörung der Gehege sei auch mit Zaun möglich, wie die Bilder des Wolfsgeheges zeigen. Darüber hinaus beuge ein Zaun nicht zwangsläufig Vandalismus vor.

Er stellt darüber hinaus die Glaubwürdigkeit der Stadtverwaltung infrage. Der Zaun sei ursprünglich zur Eindämmung der Corona-Pandemie aufgestellt worden. Aktuell wolle die Verwaltung die Umzäunung ausbauen und für unbestimmte Zeit bestehen lassen. Ob dies für 180.000 Euro überhaupt möglich sei, stelle die FDP auch infrage.

Die FDP sehe große Probleme. Der Tierpark solle für jede Person jederzeit geöffnet bleiben. Es gebe andere mildere Mittel, wie zum Beispiel den Einsatz des Ordnungsamtes, um Vandalismus entgegenzutreten und das Tierwohl zu stärken.

Herr Gladow widerspreche den Ausführungen von Herrn Kasper. Das Thema sei in mehreren Sitzungen ausführlich diskutiert worden. Die Ausschussmitglieder haben sich zeitintensiv mit dem Thema auseinandergesetzt.

setzt. Herr Gladow bedankt sich bei der Verwaltung und der Tierparkleitung, dass man sich konstruktiv mit verschiedenen Ideen auseinandergesetzt habe. Bei dem vorgeschlagenen Konzept handele es sich um die sinnvollste Lösung. Er freue sich, dieses Konzept mit einer großen Mehrheit zu beschließen. Darüber hinaus schließe er sich den Ausführungen von Herrn Feurich an. Er glaube aber nicht, dass die Umzäunung zu einer Reduzierung der Attraktivität des Tierparks führe. Im Sommer könne man bis 22 Uhr den Tierpark betreten. De facto führen die Öffnungszeiten zu keinen Einschränkungen in Bezug auf das Erlebnis des Tierparks. Diejenigen, die den Tierpark mitten in der Nacht erleben möchten, können die angebotenen Führungen besuchen. Nach der langen Diskussion, in der viele Sorgen ausgeräumt worden seien und transparent diskutiert worden sei, werde die SPD der Beschlussvorlage zustimmen. Herr Kaschel habe in seiner letzten Sitzung, in der er den Umweltbetrieb betreut habe, zugesagt, dass er keine Vorlage einbringen werde, die das Erheben von Eintrittsgeldern für den Tierpark vorschlage. Darauf könne man sich verlassen.

Herr Breuer erklärt, er sei 20 Jahre bei der Funkstreife gewesen. Er könne sich nicht erinnern, dass der Tierpark während seiner Dienstzeit im Visier der Polizei gewesen sei. Es könne also nicht so viel passiert sein. Er persönlich sei davon überzeugt, dass ein Sicherheitsdienst, der zu unregelmäßigen Zeiten kontrolliert sowie die Polizei eine ausreichende Prävention gegen Vandalismus darstelle. Wenn dieses Vorgehen publik gemacht würde, gehe er davon aus, dass dies ausreichend abschreckend wirke.

Herr Adamski antwortet, dass die Personalkosten für einen Sicherheitsdienst deutlich höher seien als die Kosten für den Zaun, der mindestens 20 Jahre halte. Er verweist auf den Passus in der Vorlage zum Tierwohl. Ein Sicherheitsdienst, der mit Taschenlampen durch den Tierpark gehe, stelle ein Störungspotenzial dar. Die Pandemie und die damit verbundene Einzäunung habe gezeigt, dass die Tiere bei einer nächtlichen Schließung ausgeglichener seien. An dieser Stelle vertraue er auf die Einschätzung des Fachpersonals.

Herr Hinker ergänzt, dass die Polizei und der Sicherheitsdienst seit 11 Jahren zu unregelmäßigen Zeiten den Tierpark kontrollieren. Die Realität zeige, dass diese Maßnahmen allerdings nicht ausreichend seien.

Herr Thole stellt den Antrag der FDP zur Abstimmung.

Der Antrag der FDP wird sodann mit großer Mehrheit abgelehnt.

Herr Thole stellt die Beschlussvorschläge getrennt zur Abstimmung.

Der BUWB fasst folgenden

Beschluss:

- 1. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes beschließt, für den Heimat-Tierpark Olderdissen einen vollständigen Außenzaun mit Toren zu errichten. Die vor der Corona-Pandemie vorhandenen Wegeverbindungen und Eingänge bleiben erhalten.**

11 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

2. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes beschließt, für den Heimat-Tierpark Olderdissen Öffnungszeiten, getrennt nach Winter- und Sommerzeit, einzuführen. Die Öffnungszeit im Winter beläuft sich auf: 8.00 bis 20.00 Uhr und im Sommer auf: 6.00 bis 22.00 Uhr.

11 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

3. Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes beschließt, dass der Besuch des Tierparks weiterhin kostenlos erhalten bleibt.

15 Ja-Stimmen

- getrennte Abstimmung einzelner Punkte –

Zu Punkt 6

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es liegen keine Berichte vor.

Werner Thole
Ausschussvorsitzender

Lisa Steinhoff
Schriftführerin